

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf

Verlag Heinrich Fahrenbrach, Düsseldorf 103, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Allen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 53-65. Fernruf: 4592.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 300,— Mark.

Wer froh stets und sonnig,
Bedächtig und fleißig,
So mütig selbstbauend
Wie kindlich gottrauend,
Den Edelen preis ich!

G. H.

Unaufhaltsam fortschreitende Geldentwertung — zunehmende Verelendung.

Der Markstüchtigungsaktion der Regierung war nur ein geringer Erfolg beschieden. Nur wenige Wochen hindurch konnte der Wert der Mark gehalten werden. Dann wurde die Aktion durchbrochen. Dem ersten Durchbruch folgten Schlag auf Schlag weitere. Zur Zeit, als diese Zeilen niedergeschrieben werden — Ende Mai 1923 — hat der Dollarkurs seinen Rekordstand vor der Stützungsaktion der Reichsbank bedeutend überflügelt. Von 20 000 am Anfang des Mai ist er auf weit über 60 000 am Schlusse des Monats gestiegen.

Die Reichsbank hat noch keine besonderen Schritte unternommen, um den Kurs zu drücken. Ob sie es nach Lage der Dinge in nächster Zeit überhaupt kann, wagen wir stark zu bezweifeln. Die Mark steht nunmehr der österreichischen Krone gleich. Damit haben wir in Deutschland vor uns die schon lange und mit Recht gefürchtete traurige Tatsache der „österreichischen Zustände“. Wie lange noch, und auch die österreichische Krone gehört zu den Edelwärluten. Auch die polnische Mark wird heute der deutschen Mark ungefähr gleich bewertet. Noch schlechteres Geld als wie bei uns in Deutschland gibt es heute nur noch in Rußland. Unsere Mark ist auf dem besten Wege, mit dem Papierrubel in erfolgreiche Konkurrenz zu treten.

Der Verschlechterung des deutschen Geldes scheint kein Halt mehr geboten werden zu können. Ende Mai 1923 besitzen 1000 deutsche Papiermark noch nicht einmal mehr einen Friedenswert von 7 Pf. Das Friedensdiktat von Versailles übt seine unheilvollen Wirkungen aus auf die deutsche Wirtschaft. Es wird noch einmal zum Totengräber der Wirtschaft ganz Europas werden.

Die Schraube des Verhängnisses dreht sich aber zunächst bei uns in Deutschland immer wieder von neuem. Die Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands hat zur Folge immer mehr sinkenden Geldwert. Die starke Geldentwertung prägt sich aber am deutlichsten in der Steigerung der Warenpreise aus. Der Verbraucher ist es, der letzten Endes die ganze Last bezahlen soll. Den Lezten beißen ja bekanntlich die Hunde. Ueber die Steigerung der Warenpreise war bis gegen Ende Mai dieses Jahres Folgendes bekannt:

Die Kohlenpreise erfuhren zufolge eines Beschlusses des Reichskohlenrates eine Erhöhung um rund 25%. Die Reichseisenbahn verdoppelt ab 1. Juni die Personentaxe und die Gütertaxe um etwa 40—50%. Unter solchen Umständen kann die Post nicht zurückbleiben. In ihrem Schoß wird gleichfalls eine Verdoppelung der Portofaxe erwogen. Nach alter Erfahrung ist das einem Beschluß gleichzusetzen. Viel schlimmer als dieses trifft aber vor allem die Bevölkerung — von dieser in erster Linie die Arbeitnehmer und die Klein- und Sozialrentner — die geradezu ungeheuerliche Steigerung der Preise für die allernotwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Mit Wirkung ab 22. Mai hat der Margarineverband seine Preise um 500—750 M. je Pfund erhöht. Im Großhandel kostet jetzt die billigste Sorte 6200 und die beste Qualität 8750 M. Hierzu kommt aber noch der Aufschlag für den Kleinkauf und für die Verpackung. Ab 4. Juni ist, je nach den örtlichen Verhältnissen, durchschnittlich mit einer reichlichen Verdoppelung des Brotpreises zu rechnen. Diese gewaltige Erhöhung ist die Folge eines Beschlusses des Reichskabinetts, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle zu erhöhen. Die letzte Preisfestsetzung auf 200 000 Mark für abgegebenes Getreide stammt vom Anfang Januar dieses Jahres. Diese Preisfestsetzung ist durch die Entwicklung längst überholt. Der Preis für Auslandsgetreide beim Roggen beträgt jetzt rund 1 1/2 Millionen Mark. Für die zweite Hälfte des Umlegegetreides wurde

er inzwischen auf durchschnittlich 600 000 M. festgesetzt. Neuerdings ist der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle aber auf 800 000 M. erhöht worden. Wenn nun die Brotpreiserhöhung statt des Vierfachen nur reichlich eine Verdoppelung bringen wird, so beweist das, daß die Regierung mit dieser Festsetzung sich noch in den engstmöglichen Grenzen gehalten hat.

Diese Mißsposten stürmen fast täglich von allen Seiten auf die unglücklichen Verbraucher ein. Die Folgen können nicht ausbleiben. Das deutsche Volk wächst zu einer gewaltigen Lawine an. Die Verelendung nimmt in erschreckendem Maße zu. Nach den amtlichen Erklärungen des Oberbürgermeisters V. B. wurden in Berlin im Februar 1923 nur noch etwa 285 000 Liter Milch täglich aufgebracht, gegen 1.2 Millionen in der Vorkriegszeit. Trotzdem zur Ernährung von Schwangeren und Säuglingen mindestens 600 000 Liter täglich erforderlich sind, bleiben infolge des unerschwinglichen Milchpreises täglich von den schon sowieso nicht zureichenden 285 000 Liter 50 000 Liter an jedem Tage ungebraucht. Die Bevölkerung ist also nicht einmal in der Lage, sich das schon ganz erheblich verminderte Quantum Milch überhaupt noch kaufen zu können. So treibt denn letzten Endes die ungeheuer ernste Lage der deutschen Bevölkerung diese schließlich zu Verzweiflungstaten.

Wann endlich werden die maßgeblichen Regierungsmänner in der Welt das Widersinnige ihrer Politik einsehen? Wie weit müssen denn die Dinge noch treiben, bis sich die Gewalttäter der Jetztzeit ihrer Verantwortung vor Gott, der Welt und ihrem eigenen Gewissen beduht werden? Wo und wie kann der Verarmung der gesamten Kulturwelt ein entgegenendes Halt geboten werden? Nur dadurch, daß der Geist des wahren Friedens und der Völkerverständigung bei allen verantwortlichen Staatsmännern einkehrt. Es ist hierfür die allerhöchste Zeit geworden. Wer die Zeichen der Zeit nicht versteht, über den wird die Geschichte einst den Stab brechen. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Gesunde Lohnpolitik.

Von F. Valkenrich.

Unter dieser Ueberschrift und unter der Bezeichnung: „Bedeutung der Lohnfrage für die deutsche Konkurrenzfähigkeit“, veröffentlichen die Syndikus der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ mehrere Artikel, deren Inhalt auch die deutsche Arbeitnehmererschaft auf das Höchste interessiert. Er beschäftigt sich darin, wie schon die Ueberschrift andeutet, u. a. auch mit der Frage, inwieweit die deutschen Löhne und Gehälter die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exporterzeugnisse auf dem Weltmarkt beeinflussen.

Dr. Meißinger ist im Gegensatz zu namhaften führenden Industriellen (Präsident Dr. Guggenheimer, Generaldirektor Hans Kraemer u. a. m.) der Auffassung, daß der Anteil der Löhne an den Produktionskosten ein viel höherer sei, als vielfach angenommen wurde. Präsident Dr. Guggenheimer hat in der Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ in Nr. 30/31 vom 26. Januar ds. Js. in einem dort abgedruckten ausgezeichneten Vortrage über „Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt“ z. B. Folgendes gesagt: „Gleichwohl muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß die deutschen Löhne noch weit unter jenen des Auslandes sich bewegen, gleichviel, ob man auf der Basis des von der Reichsbank festgestellten Kurzes der Goldmark die Berechnung vornimmt oder auf der Grundlage der Markentwertung gegenüber der Auslandswaluten.“ An einer anderen Stelle des in der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrages sagt Guggenheimer: „Auch kann nicht bestritten werden, daß ein DurchschnittsStundenlohn des gelernten Arbeiters mit ungefähr 0,78 Goldmark im Jahre 1914 durch die heutigen Löhne nicht annähernd erreicht ist, wenn eine einfache Umrechnung in Papiermark erfolgt, was naturgemäß auch auf die immer noch höhere Kaufkraft der Mark gegenüber dem Lebensbedarf im Inland im Vergleich zur Kaufkraft der Mark im Ausland zurückzuführen ist. Ungleich wichtiger als das rasche Fallen der Löhne ist aber, daß die Bedienung des Lohnes in den Selbstkosten einen viel geringeren Einfluß besitzt, als das Material, und eine häufige Verschiebung dahin erfolgt, daß die Materialkosten sich mehr, die Kosten für Löhne prozentual abnehmen. Nach den letzten Feststellungen im Reichswirtschaftsrat (Generaldirektor Kraemer, D. B.) soll bei vielen Produkten der Lohn durchschnittlich nicht mehr als 5% der Gesamtkosten betragen. Hieraus erklärt sich auch, daß selbst bei den hochwertigsten Fabrikaten, in denen die Arbeitskosten an jene des Materials früher nahezu heranreichten, sich eine Konkurrenzunfähigkeit ergibt.“

Und in der Tat, Dr. Guggenheimer hat vollkommen recht, wenn er als Hauptursachen der in manchen Waren

schon eintretenden Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie u. a. anführt, die viel zu hohen Materialpreise, die nicht genügend durchgearbeiteten und individualisierten Frachtpreise und die durch die enorme Kohlensteuer erheblich verteuerten Kohlenpreise. Es würde der Beweisführung Dr. Guggenheimers keinen Eintrag getan haben, wenn er außerdem besonders die oft die Produkte kolossal verteuern Wirkung der Umsatzsteuer mit hervorgehoben hätte. Er gibt selbst ein interessantes Beispiel einer Gegenüberstellung der Selbstkosten beim Dieselmotor im Jahre 1914 und heute. Danach ergibt sich tatsächlich eine ganz außerordentliche Veränderung innerhalb der Elemente der Selbstkosten. Im Jahre 1914 kam für Material in Betracht 30%, für Arbeitslohn 20%, Unkostenzuschlag 50%; heute für Material 60%, Arbeitslohn 9% und Unkostenzuschlag 31%. In gleicher Weise hätten sich Verschiebungen nicht nur auf dem Gebiete der Metallindustrie, sondern insbesondere auch in der Textilindustrie vollzogen. Und in der Holzindustrie wissen wir, daß der Materialpreis das 2—3fache, in Goldmark gerechnet, gegenüber dem Friedensstande beträgt. Die Eisen-, Stahlpreise und Aluminiumpreise haben ebenfalls eine Höhe erreicht, die mit einer gesunden Kalkulation nicht vereinbar ist. Sie gehen weit über die Markentwertung hinaus. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Weltmarktpreis für Eisenerze 50% höher steht als in der Vorkriegszeit — wie sind zu 80% in Bezug auf Auslandspreise angewiesen — und wenn man ferner in Betracht zieht, daß auf den Hochöfenwerken durch die Einführung der Achtfundentage eine neue Schicht eingefügt werden mußte, so läßt sich die Steigerung der Preise über das Weltmarktniveau hinaus nicht zu rechtfertigen. Die Ursache liegt in übertriebenen Kostenanteilen für Abschreibungen und zu hohen Gewinnspannen. Ergibt sich daraus auch nur eine Uebersteigerung des Weltmarktpreises von ca. 5%, so sind diese bei dem großen Anteil der Materialkosten an dem Fertigprodukt für die Konkurrenzfähigkeit der Fertigungsindustrie von ausschlaggebender Bedeutung. Die Preispolitik des Aluminiumverbandes erweckt nachgerade ebenfalls das Interesse der Selbstkosten. Während das Rohaluminium in Deutschland von den deutschen Aluminiumwerken unter dem Weltmarktpreis verkauft wird, sind die Preise für Aluminiumguss stark übersteigert. Die Verbandspreise sind um ca. 25% höher als die Außen- und Nichtverbandspreise.

Auf dem Baumarkt ist ebenfalls eine außerordentliche Veränderung innerhalb der Elemente der Selbstkosten eingetreten. Der Verband der sozialen Baubetriebe hat auf Grund seiner Erfahrungen eine Aufstellung gemacht, nach der die Baustoffe für eine Kleinwohnung im Jahre 1914 2688 Goldmark = 54%, die übrigen Kosten 2254 Goldmark = 46% betragen, 1923 kosteten die Baustoffe 3697 Goldmark = 74%, die übrigen Kosten 1301 Goldmark = 26%. Trennt man die Baukosten nach Baustoffen einerseits und Lohnkosten, Geschäftskosten und Mißkoprämien andererseits, so findet man, daß die Kosten der Baustoffe im Vergleich zum Jahre 1914 um 38% gestiegen, die gesamten anderen Kosten eines Hauses um 58% gesunken sind. Die Kürzung des Einkommens der baugewerblichen Lohn- und Gehaltsempfänger und der Verdienste der bauausführenden Betriebe sind nur zu etwa 12% dem Steuerfiskus (Umsatzsteuer), zu 88% aber der baustoffherzeugenden Industrie und dem Baustoffhandel zugeführt.

Die Ausführabgabe und die steuerliche Belastung der Industrie, die nach Guggenheimer die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands erheblich beeinträchtigen sollen, hätte er in seinem Vortrage besser nicht so stark betont. Die Ausführabgabe ist bei vielen Exportwaren entweder genehmigt, oder auf einem mit dem betreffenden Wirtschaftszweig im Ausführabgabenausschuß vereinbarten geringen Prozentsatz festgesetzt. Ungefähr 25% der Exportartikel sind zudem bereits auf Freilisten gesetzt. Mit der steuerlichen Belastung der Industrie ist es, wenn man mancherorts von der Steuerbesteuerung absieht, auch nicht weit her. Man braucht nur das Steueraufkommen aus dem Lohnabzug und den Effekt der Industrie- bzw. Besitzsteuer sich anzusehen, um diese Behauptung entprechend würdigen zu können. Daß die Einführung des Achtfundentages auf die Verteuerung des Produkts nach der Meinung Guggenheimers einwirkt, kann auch nicht so ohne weiteres als richtig gelten, obwohl nicht bestritten werden kann, daß in den Industrien, wo durch den Achtfundentag eine bedeutende Vermehrung der Arbeitnehmerzahlen sich mit Naturnotwendigkeit ergeben mußte, eine tatsächliche Verteuerung des Produkts als Folgewirkung eingetreten sein kann.

Der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, insbesondere ihren Herren Syndikus sind die einwandfreien Feststellungen führender Industrieller hinsichtlich der vielfach geringen Lohnanteile an der Produktion außerordentlich unangenehm, umföhr, als bei Lohnverhandlungen von den Arbeitnehmervertretern davon evtl. Gebrauch gemacht werden könnte. Darum sucht Dr. Meißinger in seinen bisherigen mit den oben bezeichneten Ueberschriften versehenen Artikeln den Nachweis zu erbringen, daß die Ansicht, daß der Anteil des Lohnes an den Selbstkosten meist nur gering sei, irrig ist. Er warnt die Unternehmer eindringlichst davor, dergleichen Dinge noch weiter auszusprechen, da die Gewerkschaften bei der Verfolgung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele bereits eifrig die Ausgaben solcher Unternehmer sich zu eigen machten. Dr. Meißinger führt aus: „Diese Ansicht (des geringen Lohnanteils am Fertigprodukt, d. B.) mag für einige Industriezweige zureifen, die hochwertigen Rohstoffe oder mit Edelmaterial bezahlte Rohstoffe zu verarbeiten haben, bei denen sich der Anteil dieser

Rohstoffe namentlich da vergrößert, wo in längeren Produktionsprozessen eine weitere erhebliche Veredelung der Waare eintritt. In diesen Fällen sei zugegeben, daß der Anteil des Lohnes an den Herstellungskosten in der letzten Produktionsstufe gering und jedenfalls geringer als vor dem Kriege ist. Gleiches Verhalte in anderen wesentlichen Industriezweigen ergibt jedoch ganz andere Zahlen. Im Bergbau mag der Lohnanteil 30-42% betragen, für Stabeisen ist er in einem maßgebenden Werke auf 15% angewachsen. Die Baustoffindustrie hat mit einem Anteil von 40-65%, das Baugewerbe im Hochbau mit 30-35%, im Tiefbau sogar mit 90% zu rechnen, das Tischlereigewerbe mit 45%, die Textilindustrie mit 25-30%, das Verkehrgewerbe mit mindestens 25% und die Landwirtschaft mit annähernd 50%. Auch in der Textilindustrie, die gewiß mit Rohstoffen aus Ländern der Welt zu rechnen muß, finden sich bei einer ganzen Reihe von Artikeln Lohnanteile, die zum Teil erheblich über 10% liegen und in der Textilveredelungsindustrie bis 50% und mehr betragen. In diesen Prozentzahlen seien übrigens nur die unmittelbaren Löhne und nicht die Fälle der mittelbaren Lohnanteile, die in jedem einzelnen Stadium des Produktionsprozesses bereits drin stecken, in Rechnung gezogen.

Die von Dr. Meißinger angegebenen Lohnanteile an den Produktionskosten in den verschiedenen Industriezweigen halten einer näheren Prüfung kaum stand. Nicht nur die Feststellungen des führenden Industriellen Dr. Guggenheimer können als Beweis für die sehr zweifelhaften Angaben Dr. Meißingers gelten, die Gewerkschaften haben verschiedentlich selbst entsprechende Berechnungen aus der Praxis angestellt und sind mit Guggenheimer, die schon beispielsweise angeführt, zu erheblich niedrigeren Zahlen des Lohnanteils am Fertigprodukt gekommen. Zudem ist es doch Tatsache, daß die Löhne der Staatsarbeiter nur die Hälfte, die Gehälter der Beamten und Angestellten nur $\frac{1}{2}$ der Vorkriegszeit, gemessen an dem inneren Goldwert, betragen. Und in den Arbeiterlöhnen herrscht heute noch ein Chaos und hinsichtlich ihrer realen Kaufkraft ein so niedriger Stand, daß man es kaum für möglich halten sollte. Lohnunterschiede in derselben Branche, im selben Bezirk oder in anliegenden Gegenden bis zu 1000 Mark pro Stunde sind keine Seltenheit und die Kaufkraft der jetzt gezahlten Löhne ist besonders in Anbetracht der enorm wieder ansteigenden Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel eine ganz minimale.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts hat sich im Anschluß an die enorme Steigerung der Devisen das Niveau der Großhandelspreise von dem 6188-fachen des Friedensstandes am 5. Mai auf das 7149-fache oder 13,9% am 15. Mai erhöht. Die Lebensmittel allein stiegen in diesen wenigen Tagen von dem 4902-fachen auf das 5788-fache oder um 20% und diese gefährliche Entwicklung scheint schnell schnell weiterzuführen. Der niedrige Reallohn des Vorkrieges ist nach objektiven Untersuchungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beispielsweise bei einer Sachgruppe, nämlich bei den verheirateten Metallarbeitern im März 1923 gegenüber August 1922 um mehr denn 20% gesunken. Bei den Angestellten ist dieser Prozentsatz des niedrigeren Abstands der Lebenshaltung ein noch höherer. Und selbst ein Kongresse des Dr. Meißinger, der Direktor des statistischen Büros im britischen Arbeitsministerium John Hinton, der Lohnvergleiche zwischen deutschen und englischen Arbeitslöhnen unter Zugrundelegung derselben Kaufkraft und mit entsprechender Umrechnung des deutschen Reallohns in Schillingen anstellt, kommt zu dem Ergebnis, daß die englischen und deutschen Vergleichslöhne so ausfallen:

	Großbritannien	Deutschland
	sh. d.	sh. d.
Landarbeiter	88	44
ungelehnte Arbeiter	61	43

Dr. Meißinger ist der Ansicht, daß, wenn in absehbarer Zeit die öffentlichen Brotzuschüsse aufgehoben und die Mietbildung freigegeben wird, der Ausgleich der deutschen Löhne an den Weltmarktlöhnen unbedingt erfolgt und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie weiteren Gefahren entgegnet wird. Die Brotzuschüsse und die gebundene Mietwirtschaft werden von den meisten Wirtschaftsgelehrten mit mindestens 25% der Volksumme beziffert und ab die Millionen Reichsmark zu schätzen, ist auch noch fraglich. Der als sehr gewissenhaft bekannte Volkswirtschaftler Dr. Jaehn stellt z. B. in der Tageszeitung „Der Deutsche“ fest, daß die deutschen Löhne bis zu $\frac{1}{2}$ der realen Kaufkraft der Weltmarktlöhne ausmachten, selbst wenn man die innere Kaufkraft der zu vergleichenden Löhne berücksichtigt. Und wenn Dr. Meißinger englische Untersuchungen über den Stand des Reallohns in beiden Ländern zur Beweisführung für seine Ansichten reizen, dem möge er auch den Aufsatz in der „Westminster Gazette“ über die Kaufkraft englischer und deutscher Angestelltengehälter vor Augen halten, dem folgende Zahlen entnommen werden:

	ein deutscher Angestellter	ein englischer Angestellter
1 Pfund Margarine	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 Minuten
1 Pfund Feinmehl	1 Stunde	20 Minuten
1 Pfund Butter	4,20 Stunden	1,15 Stunden
1 Stück Seife	45 Minuten	12 Minuten

Die dieser Berechnung zugrunde gelegten Preise sind durch das neue Niveau der Preise in Deutschland zudem wieder überholt.

Das neue in den Vordergrund gefallene Argument der Unternehmer, das durch Dr. Meißinger vertreten wird, nämlich, daß man bei der Untersuchung des Lohnanteils nicht irgend ein Endprodukt nehmen dürfe, sondern feststellen müsse, wie groß der Lohnanteil in den auseinander folgenden Stufen der Produktion, angefangen von der Kohle und den Rohstoffen, sei, klingt unzweifelhaft plausibel. Es fällt uns aber auch gar nicht ein, bei solchen Vergleichen nur ein Endprodukt in Betracht zu ziehen. Auch in der Vorkriegszeit haben selbstverständlich in den Halbfabrikaten bereits Lohnanteile gekostet und auch diese sind in der Nachkriegszeit erheblich niedriger. Wenn dieses der Fall ist, und das trifft zu, dann ist selbstverständlich der Lohnanteil der in einer Fertigungsstufe ist, im Vergleich zu dem sonstigen Kostenelementen jetzt niedriger als früher und in Deutschland jedenfalls niedriger als in den mit der deutschen Industrie im Weltmarkt wettbewerbenden Ländern, die ja auch nach dem Kriege nicht die höchsten Produktionskosten erreicht haben und zudem noch meistens größere lebende Heere in unproduktiver Weise zu unterhalten haben. Man greift nicht fehl, wenn man, entsprechend gesehen, die durchschnittlichen Preisbildungen in Deutschland auf das 7000-fache des Friedensstandes ausrechnet und die Lohnveränderung auf das 2000-5000-fache andererseits annimmt.

Die Untersuchungen, die jetzt die Syndikats der Arbeitgeberverbände in größeren Betrieben zwecks Feststellung

der unmittelbaren und mittelbaren Lohnquoten und damit des Gesamtlohnsummenanteils an den Produktionskosten veranlaßt haben, um der Offenheit zu beweisen, daß streng genommen die Gesamtlohnsumme schon über Friedenshöhe gestiegen ist, sind doch sehr einseitig eingeleitet und durchgeführt worden. Sie haben trotzdem zur Beurteilung der Frage der Produktionssteigerung erheblichen Wert. Man kann aber nicht verlangen, daß die Arbeitnehmervertreter das Resultat dieser Untersuchungen in einzelnen, in mancherlei Beziehung ungünstigen Orten, und in Anbetracht des Umstandes, daß bei ihnen die verantwortlichen Vertreter der Arbeitnehmer nicht mitgewirkt und mitgeprüft haben, als unbedingt richtig hinstellen. Mit Zahlen läßt sich trefflich freieren, ja sogar ein gewisses System bereiten, besonders, wenn man einen bestimmten Zweck damit erreichen will. Immerhin, so wie der „Vorwärts“ in seiner Wenausgabe vom 14. Mai 1923 die sonst sehr beachtlichen Ausführungen Dr. Meißingers schlagwortmäßig und agitatorisch in einem Artikel: „Wie sich die Arbeitgeber Goldlöhne denken?“ glaubt abtun zu können, kann man die liegenden, für unsere Volkswirtschaft entscheidenden Dinge nicht behandeln. Allerdings muß gesagt werden, daß es nachher aufzufüllen, daß man im Arbeitgeberlager so wenig Verständnis für die vielfach unheilvolle „Wan-„schwärmerei“ der Kartelle, Syndikats und Preisabschlüssen aufbringt. Davon redet man bei den Arbeitgebern nicht gern. Man redet immer viel von der unbedingten Erhaltung der Substanz der Wirtschaft, gut; mit einer ausgebeuteten und zermürbten Volkskraft wird man letzten Endes aber weder die Wirtschaftssubstanz erhalten, geschweige denn vermehren! Zugucken ist, daß in Anbetracht der seit langem völligen Zusammenbrüche der Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse die Ring- und Erwerbsbildung besonders begünstigt worden ist. Wenn wir aber zu übersichtlicheren und stabileren Verhältnissen gekommen sind, muß auch der alte Grundgedanke einer gesunden und ehrlichen Konkurrenz im gesamten Wirtschaftsleben wieder zur Geltung kommen.

Und das eine möge man sich gesagt sein lassen, die Arbeiterbewegung aller Richtungen wird die Zurückdrängung ihres Einflusses in der Betriebs- und Wirtschaftsleitung unter keinen Umständen zulassen. Im Gegenteil, sie wird ihn in wohlverdientem Vaterländischen und volkswirtschaftlichen Interesse bei jeder Gelegenheit zu stärken suchen. Und es wird um unsere Wirtschaft in Zukunft besser bestellt sein, wenn die ihrer Verantwortung vollbewußten nicht dem „Herrenbesitzstandpunkt“ haltenden Arbeitgeberführer den gefährlichen Lockungen einzelner allzeitigen Herren aus ihrem Organisationslager widerstehen.

Der Geldumlauf in Deutschland vor dem Kriege und gegenwärtig.

Aus der vom Statistischen Reichsamte unter Verwendung amtlichen Materials herausgegebenen, sehr instruktiven Schrift: „Deutscher Geldumlauf unter den Nachwirkungen des Weltkrieges.“ (Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W. 35.)

Um die Mitte des Jahres 1914 waren rund 2 Milliarden Mark Noten der Reichsbank und der vier Privatnotenbanken sowie 0,2 Milliarden Mark an Reichsschatzenscheinen im Verkehr. Da vor dem Kriege die weitestgehende Geldumwälzung durch die Massenproduktion der Geld-, Silber- und Scheidemünzen bedienten, so müssen den angegebenen Papiergeldsummen noch 2,75 Milliarden Mark Goldmünzen und 0,75 Milliarden Mark Silber- und Scheidemünzen hinzugerechnet werden, um die gesamte Höhe des damaligen Geldumlaufes festzustellen. Er belief sich also insgesamt auf 5 Milliarden Mark.

Ende Dezember 1922 betrug die Summe des ausgegebenen Papiergeldes:

1280,1 Milliarden Mark	Reichsbanknoten,
1,5	Privatbanknoten,
13,5	Darlehnskassenscheine,
1,2	Reichsschatzenscheine.

zusammen 1306,3 Milliarden Mark an papierernen Geldscheinen.

Dieser Summe gegenüber stellen die außerdem im Zahlungsverkehr noch vorhandenen Beträge an Scheidemünzen und an sogenanntem Notgeld nicht ins Gewicht. Gold- und Silbermünzen sind aus dem Zahlungsverkehr ganz verschwunden.

Bei den vorerwähnten Umlaufmitteln, insbesondere den Reichsbanknoten, bestrebt sich ein schwerer zu schätzender, aber nicht unbedeutlicher Teil aus verschiedenen, später noch zu erörternden Ursachen im Ausland; ein anderer Teil wird im Inlande seinen eigentlichen Umlaufszwecken durch Empörung aus Gründen der Steuerflucht, sowie durch das Haitra erschlicher Reservefonds entzogen. Selbst wenn man annimmt, daß 1000 Milliarden Mark (eine Billion) für die Abwicklung der Zahlungen des deutschen Verkehrs nach dem Stande von Ende 1922 fortlaufend erforderlich waren und benutzt wurde, so würde diese Summe immerhin erst wenig mehr als das 160-fache der vor dem Kriege umlaufenden Geldmenge betragen und im Vergleich zur Steigerung des Preisniveaus nicht als hoch bezeichnet werden können; denn die Warenpreise beliefen sich für Dezember 1922 im Großhandel bereits auf das 1475-fache, die Kosten für die gesamte Lebenshaltung auf das 685-fache.

In dem Geldumlauf ist neben den effektiven Zahlungsmitteln noch das sogenannte Schreißgeld inzurechnen, d. h. alle aus gekehrten Geldzettelchen bestehenden Zahlungsverbindlichkeiten — insbesondere die Einlagen bei Geldinstituten —, soweit über sie im gewöhnlichen Geschäftsverkehr unmittelbar zu Zahlungszwecken verfügt werden kann. Die diesen Arten des Geldverkehrs — es handelt sich im wesentlichen um Schecks, Ueberweisungs- und Abrechnungsschecks — dienenden Summen können nur schätzungsweise ermittelt werden, da die meisten Teile der unmittelbar verfügbaren Einlagen bei den deutschen Geldinstituten, welche als umlaufendes Schreißgeld anzurechnen sind, ziffernmäßig nicht feststehen. Die Gesamtsummen der Kreditoren bei den deutschen Notenbanken, den Postsparkassern, den Kreditbanken und Sparkassen, den Spar- und Genossenschaftsbanken sind seit Beginn des Jahres, rein ziffernmäßig gesehen, von vielleicht 30-50 Milliarden Goldmark auf etwa 800 Milliarden Papiermark (November 1922) angewachsen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Bestandteile dieser Summen inwieweit insofern übersteigen, als einzelne Geldinstitute Konten bei anderen unterhalten.

Berücksichtigt man die seit Kriegsbeginn eingetretene Entwertung des Geldes, so ist trotz der weitgehenden Liquidierung des deutschen Volkswirtschaftens keine Steigerung, sondern vielmehr ein erheblicher Rückgang der bezugsfähigen Kreditoren festzustellen, der die Verarmung Deutschlands in erschreckender Weise veranschaulicht und die gegenwärtige

Kreditnot erklärt. Wird für die Preissteigerung der Waren oder die Wertverminderung des Geldes das für den innerdeutschen Verkehr auf Grund des Lebenshaltungsindex ermittelte Dezember-Verhältnis von rund 700:1 (gegenüber der Vorkriegszeit) angenommen, so würde die bezugsfähige Gesamtkreditorensumme von 800 Milliarden Mark an Kaufkraft nur etwa 1,7 Milliarden Mark entsprechen, d. h. etwa $\frac{1}{28}$ der Vorkriegskreditorensumme.

Legt man den Auslandswert der Mark (Dollarkurs) von Ende des Jahres 1922 mit 1750:1 zugrunde, so schrumpfen die 800 Milliarden Mark zu 0,46 Milliarden Goldmark zusammen. Die unmittelbar verfügbaren Guthaben unter den gegenwärtigen Gesamtkreditoren mögen, wenn es bei dem Mangel an Unterlagen überhaupt erlaubt ist, Schätzungen zu versuchen, die Ziffer von 500 Milliarden Mark betragen. Indes kann die Summe der unmittelbar verfügbaren Kreditoren bei weitem nicht in voller Höhe als umlaufendes oder auch nur als unlauffähiges Schreißgeld angesehen werden, da nur ein gewisser Teil zur Beilegung des täglichen Zahlungsverkehrs dient, während der andere Teil Kapitalcharakter hat. Man denke hierbei an die sehr erheblichen, sicher auf 1000 Milliarden Mark anzunehmenden Einlagen von Ausländern bei deutschen Banken, die größtenteils täglich rückforderbar sein werden, dennoch aber in erheblichem Umfange nicht als Schreißgeld, sondern als spekulative Zwecke dienende Kapitalanlage zu gelten haben. Der Prozentsatz der täglich fälligen Einlagen, welcher als Schreißgeld anzupreisen ist, wird nach Jahreszeit, Konjunkturalen und aus anderen Gründen starken Schwankungen unterworfen sein. Würde man ihn im Mittel mit etwa 40 v. H. der derzeit rückforderbaren Einlagen veranschlagen, so würde sich die oben geschätzte Summe der dem Zahlungsverkehr in Deutschland tatsächlich dienenden Zahlungsmittel in Höhe von etwa 1000 Milliarden Mark vielleicht noch um 200 Milliarden Mark umlaufenden Schreißgeldes erhöhen.

Unter der Einwirkung der Steuergesetze des deutschen Wirtschaftslebens, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes einstrahlen, hat die Zahlungsmittelsumme eine neue außerordentlich starke Steigerung erfahren. Ende Februar 1923 betrug die Summe des ausgegebenen Papiergeldes:

3512,8 Milliarden Mark	Reichsbanknoten,
10,7	Privatbanknoten,
12,8	Darlehnskassenscheine,
0,2	Reichsschatzenscheine.

zusammen 3536,5 Milliarden Mark.

Als Gründe für die Ausdehnung des Papiergeldumlaufes in Deutschland kommen für die Kriegsjahre in erster Linie in Betracht: der Erfolg des ausfallenden Metallgeldes, die Rückkehr zu früheren Barzahlungsgewohnheiten, die Steigerung des Preis- und Lohnniveaus, die Erweiterung des Zahlungsbereiches, das Abströmen deutscher Umlaufmittel ins Ausland und die Finanzierungsverfahren des Reiches für die Zwecke der Kriegführung (Ausgabe von Schatzanweisungen, mangels genügender Steuer- und Anleihekraft der Bevölkerung). Nach Kriegsende stieg das Geld- und Kreditbedürfnis des Reiches fortgesetzt weiter; denn die Möglichkeit, Anleihen aufzulegen oder Steuern in dem erforderlichen Umfange einzuziehen, schwand immer mehr. Dazu kam die Umstellung auf die Friedenswirtschaft und die weitere Steigerung des Preisniveaus, weil nach Aufhebung der Blockade und bei der vollkommenen Erschöpfung Deutschlands an Rohstoffen und Nahrungsmitteln die Einfuhr schwer wieder in Gang kam als die Ausfuhr und sich daher die fremden Devisen rasch zunichte veräuerten.

Die Bezahlung des Einfuhrverzweises war, zumal sich inzwischen auch am Weltmarkt das Preisniveau gehoben hatte, bei dem Mangel an Exportdevisen und sonstigen Einnehmungen aus dem Auslande fortgesetzt nur dadurch möglich, daß in weitestgehendem Umfange im Auslande Marknoten oder -guthaben bei den deutschen Banken veräußert wurden. Es liegt auf der Hand, daß hierdurch die Tendenz der Markverschlechterung unheilvoll gesteigert werden mußte. Dies war zugleich auch ein Grund dafür, daß die Gefaltung der Waare für die Entwicklung des Preis- und Lohnniveaus in Deutschland und damit auch des Zahlungsmittelbedarfes immer mehr maßgebend wurde, zumal die Aufhebung der Blockade und der vollkommenen Isolierung Deutschlands die allmähliche Anpassung des innerdeutschen Preis- und Lohnniveaus an das ausländische sich von selbst ergeben mußte.

Die später eintreffenden Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles (Clearingzahlungen, Bekämpfungskosten, Reparations- und Sachleistungen, Entschädigung der Zivil- und Auslandsdeutschen, für Vermögensseinbußen, für Ablieferung von Schiffen, Maschinen, Vieh, Chemikalien, Eisenbahnmateriale, Wertpapiere, abgelieferte Devisen usw.) beschleunigten dann diese Entwicklung, d. h. den Entwertungsvorgang der Mark und die Steigerung des Geldumlaufes, außerordentlich. Auf der einen Seite mußte das Reich, um unter solchen Umständen die innere Verwaltung fortzuführen und den äußeren Lasten gerecht werden zu können, in immer verstärktem Maßstab die Schatzanweiskredite bei der Reichsbank in Anspruch nehmen und dadurch zur Schaffung neuen Geldes beitragen.

Die gekennzeichnete Verarmung der deutschen Wirtschaft, das Hinzwinken des deutschen Kapitals nötigten daneben aber auch die Privaten in wachsendem Maße zur Inanspruchnahme von Krediten, die letzten Endes auf die Reichsbank zurückfielen und das Handelswechselportefeuille der Bank allein im Laufe des Jahres 1922 von 1 Milliarden Mark auf 422 Milliarden Mark anschwellen ließen, was wiederum zu einer entsprechenden Erweiterung des Notenumlaufes führen mußte.

Ein anderer wichtiger Grund für die Ausdehnung des deutschen Geldumlaufes ist, so paradox es klingen mag, in der fortgesetzten Verschlechterung der deutschen Waare ihre Ursache hat; aus spekulativen oder Sicherheitsgründen werden ausländische Zahlungsmittel, Sachgüter und Wertpapiere seitens des Inlandes, zum Teil aber auch seitens des Auslandes gekauft. Zur Abwicklung dieser Umsätze ist eine ständig wachsende Menge an Zahlungsmitteln erforderlich, zugleich ergibt sich für diese Zwecke wieder die Veräußerung von Mark im Auslande, um der Devisennotlage begegnen zu können und weil der gestiegene Warenhunger größeren Einfuhrbedarf mit sich bringt.

Im einzelnen ist vielfach Ursache und Wirkung der Geldentwertung und Inflation nicht mehr auseinander zu halten, zumal auch die Steigerung des Geldumlaufes selbst valutaverschlechternd und damit wiederum inflationistisch wirkt. Das wesentlich Bestimmende aber bleibt, daß es bei der gegenwärtigen Normierung der Lasten aus dem Vertrage von Versailles Deutschland nicht möglich ist und auch künftig nicht sein wird, Zahlungsbilanz und Reichshaushalt auch nur annähernd zum Ausgleich, geschweige denn zu Aktivüberschüssen zu bringen. Unter diesen Umständen muß die Auslands- und Inlandserschöpfung Deutschlands fortgesetzt

wachsen und die Entwertung der Währung zunehmen, so daß weitere Steigerung der Teuerung und Ausdehnung des Geldumlaufes unvermeidbar sein werden.

Neuregelung des Steuerabzuges ab 1. Juni.

(Ausführenden und aufbewahren.)

Die fortschreitende Geldentwertung hat eine beträchtliche Hockaufhebung des steuerfreien Einkommensteiles notwendig gemacht.

Von dem gesamten Arbeitseinkommen werden wie bisher 10% bei jeder Lohnzahlung einbehalten.

- 1. Für den Steuerpflichtigen: 12 M., 48 M., 288 M., 1200 M., je nach der Lohnzahlung in Stunden, Tagen, Wochen, Monaten;
2. für die Ehefrau die gleichen Beträge;
3. für jedes zur Haushaltung zählende Kind unter 17 Jahren und jedes Kind zwischen 17 und 21 Jahren...

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zu lassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm entstehenden Werbungskosten den Betrag von monatlich 100 000 M. auf um mindestens 10 000 M. im Monat übersteigen.

Zur Feststellung der endgültigen Steuersummen müssen somit von den errechneten 10% des Gesamtlohnes folgende Beträge abgezogen werden:

Table with 6 columns: für, für je 2 Std., pro Tag, pro Woche, für 1/2 Mon., für 1 Mon. Rows include categories like 'den ledig. Arbeit.', 'verheirat. Arbeit. ohne Kinder', etc.

Beispiele:

1. Tagessteuerberechnung für einen unverheirateten Kollegen mit 14 400 M. Tagesverdienst: Lohn = 14 400.- M., 10% = 1 440.-, frei = 488.-, ergibt zu zahlende Steuer = 992.- M.

2. Wochensteuerberechnung für einen verheirateten Kollegen mit 3 Kindern bei 89 300 M. Wochenverdienst: Lohn = 89 300.- M., 10% = 8 930.-, frei = 8 736.-, ergibt zu zahlende Steuer = 194.- M.

3. Monatssteuerberechnung für einen verheirateten Kollegen mit 2 Kindern bei 400 000 M. Monatsgehalt: Gehalt = 400 000.- M., 10% = 40 000.-, frei = 28 400.-, ergibt zu zahlende Steuer = 11 600.- M.

4. Steuerberechnung bei einem Lohn für fünf-tundige Arbeitszeit für einen verheirateten Kollegen mit 4 Kindern und seiner mittellosen Mutter im eigenen Haushalt bei einem Stundenlohn von 2 100 M: Lohn = 10 500.- M., 10% = 1 050.-, frei = 1 572.-, ergibt Steuerfreiheit.

Millardenersparnisse bei der Kleidung.

Das verarmte deutsche Volk muß heute in viel höhere Maße sparen, als es bisher geschickt. Aber man muß mit der Sparsamkeit am rechten Fleck anfangen, und sogar ein gewisser Luxus kann sparsam sein.

Wenn fünf Menschen als nötigen Bedarf fünf Anzüge brauchen, so ist es volkswirtschaftlich ganz gleich, ob jeder einzeln einen oder ob einer fünf Anzüge kauft und diese nacheinander an die übrigen verleiht und verkauft.

Die Industrie hat ein Interesse daran, daß die Waren nicht zu lange halten, damit mehr gekauft wird, und die von den Konfektionaren ausgehende Mode sorgt für häufige Abwechslung in Farbe und Schnitt, damit stets neue Sachen beliebt sind.

Allgemeine Rundschau.

Eine Politik, die die Menschheit in den Abgrund führt.

Die französischen Konsulate und Missionen in Polen und der Tschechoslowakei werden Arbeiter, besonders Bergleute zur Arbeit in Frankreich. Es wird ein sehr hoher Lohn und freie und gute Unterkunft versprochen.

Wir führen die Tätigkeit der französischen Mission in einer einzigen Stadt, in Warschau, deshalb besonders an, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie groß der Arbeitermangel in Frankreich sein muß.

Auch über die Gründe dieses in fast allen Wirtschaftszweigen bestehenden Mangels an Arbeitskräften wurde diskutiert. Man gab den Kriegsverlust an Menschen die Schuld, der rückläufigen Bewegung der Geburten und der Erweiterung der französischen Industrien.

Und wozu braucht Frankreich dieses 800 000 Mann-Heer? Es jahobiert den Frieden und den Wiederaufbau Europas, es legt im Ruhr- und Rheingebiet die deutsche Wirtschaft lahm, führt eine Politik der Zerstörung.

Der Kampf um den Arbeitslohn in Sowjetruland.

Angesichts der wachsenden Teuerung haben die Bestrebungen der leitenden kommunistischen Wirtschaftler, das Defizit der Staatsindustrie u. a. durch Ersparnisse an Löhnen abzubauen, in den Gewerkschaften und den breiten Kreisen der russischen Arbeiterschaft hervorgerufen.

Aus der Textilindustrie.

Weitere Erhöhung der Nahgarnpreiszuschlage.

Die Betriebsgesellschaft deutscher Baumwollnahfabrikanten München hat, wie die 'Textil-Woche' erfährt, den Aufschlag auf die Preislisten vom 12. März mit Wirkung 17. Mai auf 300 v. H. erhöht.

Die Wollproduktion der Welt im Jahre 1922

wird vom amerikanischen Handelsministerium auf 2270 Mill. Pfund gegen 2354 Mill. Pfund im Vorjahre geschätzt. Nicht berücksichtigt sind hierbei einige Länder, aus denen zuverlässige Angaben nicht vorliegen.

Fabrikation von Unterzeug und Strumpfwaren in China.

Die Fabrikation von Unterzeug und Strumpfwaren hat in China in den letzten Jahren eine ständige Zunahme erfahren. Zahlreiche Fabrikbetriebe haben sich in den größeren Städten niedergelassen, so beispielsweise in Kanton, Shanghai, Hankow, Swatow, Chungking, Peking, Tientsin, Harbin, Tsinanfu und anderen Industrie- und Handelsplagen.

Neue Untersuchungen über die Haltbarkeit der Wolle.

Die in jüngster Zeit durch Kraus ausgeführten Untersuchungen von Wollstoffproben aus verschiedenen Zeitaltern haben, was die Haltbarkeit der Wollgewebe und -fasern betrifft, ganz unerwartete Ergebnisse geliefert.

Sowohl die Reißfestigkeit wie auch die Elastizität der einzelnen Wollfasern wurden eingehend geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die normale Wollfaser bei sachgemäßer Behandlung und Aufbewahrung ihre elastische Dehnbarkeit und Festigkeit volle dreihundert Jahre hindurch behaft.

sondern zunächst langsam, dann aber auf einmal ganz schnell, und zwar selbst auch dann, wenn gar kein Zug mehr auf die Faser einwirkt...

Wird es einen kräftigen Grund gegeben haben, aber nicht bei allen, die den Kurzen fern blieben.

Wo ein Wille ist, da gibt es auch einen Weg! Das Ergebnis dieses Rückblickes soll sein: Was ich im letzten Halbjahr vielleicht versäumt habe...

Der Ausdruck: „Ach, wenn ich auch nicht dabei bin oder mitte, das schadet nichts“, ist sehr falsch. Diese Worte aus dem Munde einer christlichen Gewerkschaftlerin...

Darum Kolleginnen, hat unser Verband die Arbeiterinnenbewegung geschaffen. Er will einen immer festeren Zusammenschluß der Kolleginnen dadurch herbeiführen...

Die Notwendigkeit der christlichen Arbeiterinnenbewegung ist bedingt: 1. durch die soziale Stellung der Frau im Wirtschaftsleben. 2. Die körperliche und seelische Veranlagung der Frau verlangt besondere Berücksichtigung...

Die christliche Arbeiterinnenbewegung hat es sich zur Aufgabe gestellt, Aufklärungs- und Schulungsarbeit speziell in der Frauenwelt zu leisten.

Es ist daher unbedingt notwendig, Kolleginnen, daß ihr sämtliche Mitgliederversammlungen besucht und dort eure Wünsche und Beschwerden vorbringt.

Die Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiterinnenkommissionen sind den Kommissionsvorsitzenden inzwischen zugestellt worden.

Kolleginnen! Ergreift jede Gelegenheit zur Weiterbildung, laßt keine Kurse unbeachtet. Eine moderne Gewerkschaftsbewegung hat so verschiedene Aufgaben zu erfüllen.

Recht interessant ist es zu lesen, wie im „Deutschen Textilarbeiterverband“ die Arbeiterinnenbewegung aufgezo-gen wird.

In Nr. 18 des „Deutschen Textilarbeiter“ bedauert eine strebende Arbeiterin, daß ihr in der Schulzeit eine überaus interessante und wertvolle Zeitepoche gänzlich ver-schwiegen worden ist...

Der Glaube an den Ursprung des Menschen von einem tierähnlichen Wesen verbürgt somit für geordnete Verhältnisse! Die Arbeiterinnenkommissionen des „Deutschen Textilarbeiterverbandes“ sind dazu berufen...

Die Lehren von Darwin und Haeckel haben sich längst als unhaltbar erwiesen. Die Arbeiterinnenkommissionen des „Deutschen Textilarbeiterverbandes“ schätzen sich aber glücklich, die Überreste einer längst abgetanen Wissenschaft...

Die geistige Einstellung der Arbeiterinnenkommissionen im „Deutschen Textilarbeiterverbande“ sei hiermit gekennzeichnet.

Die Mitglieder der Arbeiterinnenkommissionen der christlichen Gewerkschaften haben ebenfalls ihre Wissenschaft, eine Wissenschaft, die älter ist als der Sozialismus...

Je höher und idealer das zu erreichende Ziel ist, umso schwerer ist im Verhältnis die Arbeit. Also früh und fröhlich ans Werk! Dann wird es uns gelingen, daß unsere Arbeiterinnenbewegung in zureichender, praktischer Arbeit die gesamte christliche Frauenwelt erfasst...

Besondere Bekannmachungen.

Adressenänderungen. Bezirk Aachen. Meckernich: Dorf, Elise Becker, Sommer h. Meckernich, Eifel, Hülenstr. 229, Kass. Elise Schmitz, Kommern h. Meckernich, Eifel, Hülenstraße.

Warnung vor Zuzug nach Voralberg!

Zuglicher Zuzug von Textilarbeitern, hauptsächlich von Färbern und Bleichern nach Voralberg hat zu unterbleiben, weil dort zufolge einer Benachrichtigung unseres österreichischen Bräuderverbandes die Arbeiter im Streit stehen.

Die neuen Sätze der Erwerbslosenunterstützung.

Nachdem der Reichsrat zustimmte, ist mit Wirkung vom 14. Mai eine Erhöhung der jetzigen Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter eingetreten.

Table with columns: Die jetzigen Sätze betragen für den Tag, Ortsklasse (A, B, C, D/E), and various categories of support (Männer über 21 Jahre, Frauen über 21 Jahre, etc.)

Der Höchstbetrag einjähriger Zuschläge für unterhaltungs-berechtigte Angehörige beträgt das Dreifache des nach Alter, Ortsklasse usw. in Frage kommenden Unterstützungssatzes.

Die Kurzarbeiterunterstützung berechnet sich gleichfalls nach den neuen Sätzen. Der Kurzarbeiter erhält die Differenz zwischen dem Unterhaltssatz der obigen Sätze und der Hälfte seines Arbeitsverdienstes.

Sterbefafel.

Table with columns: Name, Ort, Alter. Lists names and locations like Göttingen, Nienheim, Wehr, etc., along with their ages.

Ruhet in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Unaufhaltsam fortschreitende Geldentwertung — zunehmende Verelendung. — Gesunde Lohnpolitik. — Der Geldumlauf in Deutschland vor dem Kriege...

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lönnessstr. 33.

Aus unserer Bewegung.

Denkst du daran?

Ein zusammengebrochenes Volk ringt um die Wieder-erhebung!

Die verkehrte wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege, der Krieg und die Nachkriegszeit haben ein alles Maß übersteigendes Meer von Kummer, Not, Haß und Bitterkeit geschaffen.

Schmerz liegt die Hand der Siegerstaaten, besonders Frankreichs, auf unser Volk.

Gewalt geht vor Recht.

Der fürchterliche äußere Feind findet leider im Lande noch Helfer. Unbekümmert um des Meeres von Elend und Not, in dem sich das deutsche Volk befindet...

Mangelnde Einsicht und wenig rückgratfestes Handeln eines beträchtlichen Teiles der politischen Führer erleichtert unseren inneren und äußeren Feinden ihre Arbeit.

Wer hilft uns?

Der Sehnachtssehne nach Rettung und Erlösung aus dieser grausamen Not wird immer lauter und eindringlicher; zieht immer mehr Menschen in seinen Bann.

Eine kleine Gruppe idealgestimmter, opferbereiter Men-schen hat mutvoll den Weg betreten, auf dem allein Rettung möglich ist.

Die Seele der Menschheit für Christus zu gewinnen.

Aber noch ist diese Erkenntnis das höchste Gut einiger Wenigen. Diese schauen ob der Schmere des Weges und der kleinen Zahl der Mitkämpfer voll banger Sorge in die Zukunft. Vor ihrer Seele erhebt sich die Frage:

Werden wir unser Ziel erreichen?

Wird die grausige Not nicht ihnen als mächtiger Helfer in die Hande. Sie pocht und hämmert die edlen Kräfte im Volk vor allem Gottlosigkeits frei.

Ein Erwauchen, stark und mächtig, geht durch das deutsche Volk. — Die kleine Schar, die den Weg zur Rettung mutvoll betritt, wächst zur Lawine an, die alles mit sich fortzieht.

Sinnig und aufricht, selbstlos und froh gehen sie durch das Tal des Gramens, freiwillig sich die schwersten Lasten auferlegend, um so als Bahnbrecher dem deutschen Volke den Aufstieg zu einer lichteren, sonnigeren Zukunft zu bereiten.

Erekenntnis und freier Wille, dem Ganzen zu dienen, behält sie. Getragen von einem hohen Verantwortungsgesühl, das seine Wurzeln tief in das Erdreich eines lebendigen Gottesglaubens gepflanzt hat.

Denkst du die einzige Schar, gehst auch du dazu? Fr. Sch.

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

Wirke treu mit deinen Kräften, Ohne bang den Blick zu heben, Will dein andern Größeres glücken! Sucht dein Sinn nur wahr des Gutes, Dann wenn mit feinerem Mut — Dich auch wird die Krone schmücken.

Winterhalbjahr ist abgeklungen und somit die Zeit, die hauptsächlich der Schulung unserer Mitglieder ist. Es soll damit jedem nicht entgehen, daß wir in den Sommermonaten unser Wissen nicht zu bereichern brauchen. Wir haben uns vollständig weiter zu bilden und im Stand zu betätigen.

Aus den Berichtsbogen der Beamten ist zu ersehen, daß fast in allen Bezirken gewerkschaftliche, volkswirtschaftliche und hauswirtschaftliche Kurse etc. stattgefunden haben. Wollen die Kolleginnen sich nun einmal selbst fragen, ob sie diese Gelegenheiten zur Weiterbildung benutzt haben? Viele Kolleginnen haben es leider nicht getan.

Und nun wollen die Kolleginnen sich selbst einmal die Frage beantworten: Warum habe ich im Winterhalbjahr nicht an den verschiedenen Kursen teilgenommen? Hatte ich einen triftigen Grund? Bei einer Anzahl Kolleginnen